Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorauniederlausitz
Postscheck-Konto: Nr. 954 Berlin NW. 7

(Sorauer Wochenblatt)
Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Fernsprecher Nummer 22 und 37
Giro-Konto bei der Reichsbank

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für 1. bis 15. September 1923: In Sorau in den Ausgabestellen 900000 Mk., ins Haus gebracht 920000 Mk., auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 912000 Mk., der weiter gelegenen 920000 Mk., ins Haus gebracht 20000 Mk. mehr. durch die Post bezogen 900036 Mk. einschl. Bestellgeld. — Wochenkarten, nur in der Geschäftsstelle Lindenstraße 2: 450000 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes" oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (freibleibend): Die 9 gespaltene Kolonelzeile für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gesuche und Angebote) Mk. 12000 alle anderen Anzeigen Mk. 18000, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gesuche und Angebote) Mk. 24000, alle anderen Anzeigen Mk. 36000. Im Reklameteil die 4 gespaltene Kolonelzeile je Millimeterhöhe Mk. 45000, auswärts Mk. 90000. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei sofortiger Barzahlung; bei späterer Zahlung, bei Konkursen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 208 — Donnerstag, den 6. September 1923 — 113. Jahrgang

Ein Regierungskommentar zur Kanzlerrede.

Die oppositionelle Presse der Rechten hat an der letzten Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann in Stuttgart lebhaft Kritik geübt, da sie glaubte, der Reichskanzler habe wichtige Positionen Deutschlands preisgegeben und einen vollkommenen Umschwung der bisherigen Außenpolitik Deutschlands eingeleitet. Dem Reichskanzler wurde der Vorwurf gemacht, er habe sich allzu einseitig in dieser Rede nach Frankreich hingewandt und so die Beziehungen zu England verdorben. Von der Reichsregierung wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß es gerade England gewesen sei, das uns wiederholt aufgefordert habe, einen Weg der Verständigung mit Frankreich zu suchen. Es wäre aber falsch, die Dinge so aufzufassen, als gehe der Ruhrkonflikt nur Frankreich und Deutschland an.

Der Ruhrkonflikt müsse, so betont man von seiten der Reichsregierung, als eine Angelegenheit aller Reparationsgläubiger Deutschlands aufgefaßt werden. Aus dieser Auffassung heraus soll die Rede des Reichskanzlers dahin verstanden werden, daß die Grundrichtung der deutschen Politik gegenüber den alliierten Mächten die gleiche geblieben ist und daß es nicht in der Absicht der Reichsregierung liegt, Paris gegen London oder London gegen Paris auszuspielen.

Gegenüber dem Vorwurf der Opposition, der Reichskanzler habe das deutsche Privateigentum dem Räuber Poincaré als Pfand angeboten, wird darauf hingewiesen, daß ein solches Pfandangebot bereits in dem Memorandum des Kabinetts Cuno vom Juni enthalten war, nachdem es vorher mit Parteiführern und Vertretern der Wirtschaft durchgesprochen war.

Die Reichsregierung ist daher auch in diesem Punkte der Auffassung, daß die Rede des Reichskanzlers keine Aenderung der bisherigen Politik bedeute, daß sie vielmehr uns die Möglichkeiten zu einer internationalen Anleihe offen halte. Wenn dem Reichskanzler weiter vorgeworfen wird, er habe in Stuttgart nicht mehr von der Forderung Deutschlands auf Räumung des Ruhrgebiets gesprochen, so weist man in Regierungskreisen auch diesen Vorwurf zurück, da in der Rede des Reichskanzlers ausdrücklich gesagt sei, es könne keine Reparationen geben, wenn wir die Verfügung über das Ruhrgebiet nicht zurückerhielten.

Weiter wird mitgeteilt, daß die Nachricht einer sozialistischen Korrespondenz, die Reichsregierung habe in der Frage des passiven Widerstandes bestimmte Schritte bei Frankreich getan, nicht richtig ist. Die Reichsregierung ist bemüht, angesichts der schweren finanziellen Belastung mit einem Mindestmaß von Leistungen alles zu tun, um den Franzosen nicht die Verfügung über das Ruhrgebiet zu lassen zu lassen.

Die Opposition der Rechten.

Eine parteiamtliche Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei weist darauf hin, daß die Darlegungen des Reichskanzlers Dr. Stresemann in Stuttgart in allerschwersten Besorgnissen über den weiteren Kurs der Reichsregierung, besonders in außenpolitischer Hinsicht Anlaß geben und fügt daran die Mitteilung, daß die deutschnationalen Mitglieder des auswärtigen Ausschusses des Reichstages die sofortige Einberufung des Ausschusses schriftlich beantragt haben.

Daran werden von rechtsstehender Seite folgende Bemerkungen geknüpft:

Dieser Schritt der Deutschnationalen Volkspartei ist angesichts der politischen Gesamtlage nicht nur verständlich, sondern er ist direkt eine gebieterische Pflicht für die nationale Opposition. Es geht nicht länger an, daß ein kleiner Kreis von Persönlichkeiten souverän Entscheidungen und Maßnahmen trifft, die das künftige Schicksal des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes bestimmen, ohne auch nur auf die warnenden Stimmen der Kritik zu hören oder vor den verfassungsmäßigen Stellen unmittelbar Rechenschaft abzulegen. Der Schritt der Deutschnationalen entspringt der nagenden Sorge, daß die jetzige Regierung auf Abwegen ist, die das Land in den letzten Abgrund hinunterführen. Nationale Opposition bedeutet nicht Opposition gegen alles und jedes machen, was eine nicht von nationaler Seite gestützte Regierung unternimmt und was sie für richtig hält. Nationale Opposition schließt bei allem Willen zu scharfer und schärfster Kritik die Bereitschaft zur Mitarbeit ein, wenn nur das, an dem mitgearbeitet werden soll, ein nationales Ziel zeigt und die Hoffnung auf nationalen Erfolg erlaubt. Der Kommentar der Reichsregierung zur Stuttgarter Rede des Reichskanzlers soll offenbar schon einen Teil der Erklärungen vorwegnehmen, die im Auswärtigen Ausschuß von Regierungsseite zu erwarten sind. Es geht nicht an, auf alle Einzelheiten dieses Kommentars einzugehen, denn der verantwortungsbewußten Opposition sind durch die außenpolitische Lage die Hände vielfach gebunden. Wird festgestellt, daß die Stuttgarter Rede keinen Umschwung der deutschen Außenpolitik bedeute, so wird man diese Feststellung mit einem Gefühl der Erleichterung zur Notiz nehmen. Es ist schon öfter darauf hingewiesen worden, daß England sich selbst die Schuld zuzuschreiben hat, wenn Deutschland in seiner Verlassenheit stärkeren Anschluß und bessere Verständigung mit seinem mächtigsten Gegner sucht, als es vielleicht dem Zögern über dem Kanal genehm sein mag. Herr Dr. Stresemann ist ohne Zweifel davon im tiefsten überzeugt, daß Deutschland sich nicht in die Mühle zwischen Frankreich und England begeben darf und daß es alles daran setzen muß, mit der Gesamtheit der Reparationsgläubiger zu einer Gesamteinigung zu kommen. Aber es ist fünf Minuten vor Zwölf und die geringste unvorsichtige Bewegung wirft Deutschland auf die eine oder die andere Seite und es kommt damit in die zermalmende Mühle. Auch nach dem Kommentar wird die nationale Opposition daran festhalten, daß gewisse Formulierungen der Stuttgarter Rede nicht präzis und eindeutig genug waren, um als so vorsichtig zu gelten, wie es angebracht wäre.

Davon wird sich die nationale Opposition nie überzeugen lassen, daß eine hemmungslose Erfüllungspolitik, mag sie nun den Namen Wirth, Stresemann oder sonst einer Persönlichkeit tragen, ein erfolgreicher Weg ist, um Deutschland zu erhalten und Frankreich von seinen Annexionsabsichten abzubringen.

Mussolini gegen London und Genf.

Drohungen mit dem Austritt aus dem Völkerbund.

Rom, 4. Sept. Die „Agenzia Stefani" meldet: Im Kabinettsrat hat der Ministerpräsident einige kurze Erklärungen über die augenwärtige Lage abgegeben. In Korfu, sagte er, verliefe alles vollkommen normal. Die Bevölkerung wäre ruhig, und die Garnison genügte für jede Möglichkeit. Die öffentliche Meinung Europas beginne ihre Haltung zu ändern, und die Zahl der Stimmen, die der Aktion Italiens günstig gesinnt wären, nehme zu. Sicherlich wäre man in Italien durch die Haltung eines großen Teiles der englischen Presse sehr überrascht und betrübt worden.

„Ich hoffe," erklärte der Ministerpräsident wörtlich, „diese derbe realpolitische Lehre, die wir von der anderen Seite des Kanals erhalten haben, wird die Italiener endgültig von der Krankheit der konventionellen Phrasen heilen. Der Völkerbundsrat hat das Bestreben gezeigt, sich der Aufgabe zu unterziehen, die Frage zu entscheiden. Das ist durchaus unzulässig. Die italienische Delegation wird daher erklären, daß der Völkerbundsrat aus drei fundamentalen Gründen vollkommen unzuständig ist, die Frage zu entscheiden, die über die von Griechenland angeführten Vertragsbestimmungen hinausgreift. Sollte der Rat sich trotzdem für zuständig erklären, so würde Italien vor die Frage gestellt werden, ob es im Völkerbund bleiben oder aus ihm austreten soll. Ich habe mich bereits für die zweite Möglichkeit entschieden und ersuche den Ministerrat, zu erklären, ob er mit den, unserem Delegierten Giurati gestern gegebenen formellen Anweisungen einverstanden ist, die Salandra im Völkerbund erläutern wird."

Der Ministerrat stimmte voll und rückhaltlos der vom Ministerpräsidenten eingenommenen Haltung zu.

Englischen Korrespondenten gegenüber erklärte Mussolini, ein englischer Staatsmann an seiner Stelle würde ebenso gehandelt haben. Palmerston habe Griechenland bedroht wegen der Ermordung eines englischen Staatsbürgers, der überdies in Wirklichkeit Portugiese gewesen sei. Als im Jahre 1916 in Athen französische Matrosen ums Leben gekommen seien, habe Frankreich genau dieselben Maßnahmen getroffen, die jetzt Italien getroffen haben, und überdies Geiseln genommen. Mussolini erklärte wörtlich: Ich habe ein Pfand ergriffen und werde dieses Pfand solange behalten, bis alle in der italienischen Note an Griechenland gestellten Forderungen vollständig und gut erfüllt sind. Wenn Griechenland diese Bedingungen erfüllt, werde ich Korfu sofort räumen. Es ist aber notwendig, daß Griechenland sofort seine Entschlüsse faßt, damit es nicht einen größeren Preis zu zahlen braucht, denn derartige Expeditionen kosten Geld. Weigert es sich, meine Bedingungen zu erfüllen, werde ich in Korfu bleiben, das bereits vor 400 Jahren Venedig gehört hat.

Truppenlandungen in Santi Quaranta.

Paris, 4. Sept. Wie die „Chicago Tribune" meldet, haben die Italiener mit Truppenlandungen bei Santi Quaranta begonnen. Es habe den Anschein, als ob sie die ganze Küste des Epirus und das Hinterland besetzen wollten.

Der erste englische Kreuzer ist vor Korfu angekommen.

Rom, 4. Sept. Die Blätter melden aus Santi Quaranta, daß die italienischen Truppen mit Geschützen und Maschinengewehren die Grenze gegen Griechenland besetzt hatten. Es werden weiter als Vorsichtsmaßregeln Befestigungsanlagen errichtet.

Athen an den Botschafterrat.

Rom 4. Sept. Die „Agenzia Stefani" meldet aus Athen:

„Die griechische Regierung hat gestern abend dem französischen Geschäftsträger die Antwort auf die Note des Botschafterrates übermittelt. Sie ersucht in ihr um die Bildung einer internationalen Untersuchungskommission, die auf albanischem Gebiet Erhebungen anstellen soll, und teilt gleichzeitig mit, daß alle von den griechischen Behörden angestellten Erhebungen nicht zur Feststellung der Mörder und auch nicht zur Aufhellung der Beweggründe der Täter geführt haben. Ferner wird der Botschafterrat ersucht, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um Italien zu veranlassen, seine Forderungen auf Genugtuungen und Reparationen zurückzuziehen und Korfu unverzüglich zu räumen. Die griechische Antwort äußert sich nicht über Genugtuungen und Reparationen, die Griechenland Italien für die Niedermetzelung der Mission bietet."

Reichskanzler a. D. Cuno über seine Tätigkeit.

Hannover, 3. Sept. Der Vertreter der Telegraphen-Union in Hannover hatte Gelegenheit, den früheren Reichskanzler Dr. Cuno kurz vor seiner Ausreise nach Amerika in Aumühle im Sachsenwald zu sprechen. Dr. Cuno erklärte, er müsse es aus grundsätzlichen Erwägungen verfagen, irgendwie zu den politischen Ereignissen oder auch nur zu den wirtschaftlichen oder finanziellen Fragen Stellung zu nehmen, da zurzeit alles darauf ankomme, dem neuen Kabinett Ruhe zu wirksamer Arbeit zu geben. So wenig er sich jemals nach dem Kanzleramt gedrängt und so sehr er sich jederzeit zu einer rein wirtschaftlichen Tätigkeit zurückgesehnt hätte, so sehr habe er bedauert, daß ihm die Konstellation der Parteien im Reichstage es unmöglich gemacht hätte, die vorbereiteten Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Art auch selber in Wirksamkeit zu setzen. Dr. Cuno äußerte dann: „Ich beabsichtige, mich nun wieder ganz der wirtschaftlichen Tätigkeit zu widmen. Um für die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen die nötige Bewegungsfreiheit zu haben, ist für meinen Eintritt in die Hamburg-Amerika-Linie die Form des Mitgliedes im Aufsichtsrat gewählt worden."

Die neuen Rheinlandordonnanzen,

die das Recht, Beamte einzusetzen und die Ausliefe rung der Verwaltungsakten verlangen, sind ein neuer unerhörter Gewaltstreich, der gegen die deutsche Souveränität am Rhein geführt wird, und der jedem Völkerrecht und den besonderen Bestimmungen des Rheinlandabkommens widerspricht. Wenn auch der Beschluß der Rheinlandkommission offenbar gefaßt worden ist, ehe Dr. Stresemann seine Stuttgarter Rede gehalten hatte und somit dieser nicht als eine Antwort gelten kann, so geht doch aus ihm unzweifelhaft und mit brutaler Deutlichkeit hervor, daß Poincaré an seinen Plänen der Abtrennung des Rheinlandes vom Reiche festhält und vor nichts zurückscheut, um sein annexionistisches Ziel zu erreichen. Wir Deutsche wären nicht so wehrlos gegen diese Räuberpolitik, wenn wir uns nicht für allzu wehrlos hielten. Der Protest, den die deutsche Regierung selbstverständlich erlassen wird, wird doch wieder dasselbe Schicksal haben, wie alle vorangegangenen Proteste. Was aber hat England, dessen eigenste Interessen am Rhein mehr und mehr bedroht sind? Lord Kidmarok ist auch diesmal der Trappist geblieben, als der er sich schon bei den anderen Beschlüssen der Rheinlandkommission Schweigelorbeeren errungen hat. Dies Schweigen macht ihn und macht England mitschuldig an dem neuen Verbrechen, das der entfesselte französische Machtwahn an Deutschland begeht.

*

Mainz, 4. Sept. Die französischen Behörden haben mitteilen lassen, daß demnächst eine Ordonnanz erlassen wird, die die Ausgabe von Notgeld regelt. Danach soll in allen Städten des besetzten Gebietes das Notgeld die gleiche Größe und das gleiche Aussehen haben und sich nur durch die Städtenamen unterscheiden. Sämtliche Städte sind verpflichtet, dieses Notgeld anzunehmen und auszugeben.

Paris, 4. Sept. Einer Havas-Meldung aus Koblenz zufolge hat die interalliierte Rheinlandkommission neue Vorschläge über die Requisitionen der angemeldeten Transportmittel erlassen. Nach dieser Verordnung haben die Truppenkommandanten das Recht, den Austritt dieser Transportmittel aus ihren Zonen zu untersagen. Zuwiderhandelnde, die das Material der Requisition zu entziehen versuchen, sei es durch Verbergen oder Beschädigen, werden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafen bis zur Höhe von 1000 Goldmark belegt.

Frei von jeder Rücksichtnahme.

Nachdem die französische Besatzungsbehörde in letzter Zeit dazu übergegangen ist, in der Stadt Düsseldorf eine Reihe von Bargeldtransporten auf den Straßen zu beschlagnahmen, wurde der Oberbürgermeister von Düsseldorf bei dem militärischen Befehlshaber des Stadtkreises Düsseldorf, General Degoutte, vorstellig und wies auf die Folgen hin, welche diese Beschlagnahmungen auf das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt ausüben müßten. General Denvignes versprach, die Beschwerden dem kommandierenden General Degoutte selbst vorzutragen. Als Ergebnis dieses Vortrages erhielt der Oberbürgermeister ein Schreiben des Oberkommandos der Rheinarmee, in dem es u. a. heißt:

„Nachdem die Reichsregierung alle ihre Zahlungsverpflichtung an die alliierten Besatzungsarmeen eingestellt hat, sieht sich das Oberkommando, um die Bedürfnisse der Truppen sicherzustellen, gezwungen, auf Requisitionen von Zahlungsmitteln in der ganzen besetzten Zone zurückzugreifen.

Welches auch die Folgen dieser Requisitionen sein mögen, so kann angesichts der Haltung der Bevölkerung der Oberkommandierende der Truppen nur ihre Fortsetzung befehlen, solange nicht die Reichsregierung die regelmäßigen Zahlungen wieder aufgenommen hat, zu denen sie für die Unterhaltung der Besatzungstruppen verpflichtet ist."

Die Belgier „requirieren" 850 Milliarden

Aachen, 4. Septbr. Nach einer Blättermeldung aus Aachen haben gestern die Belgier in dem gesamten von ihnen besetzten Gebiet „Requisitionen" von Markbeträgen vorgenommen, bei denen ihnen in den verschiedenen Filialen der Reichsbank 850 Milliarden in die Hände fielen